

JU Landesverband Braunschweig  
 Gieselerwall 2  
 38100 Braunschweig  
<http://www.ju-lv-bs.de>

[info@ju-sicherheitsforum.de](mailto:info@ju-sicherheitsforum.de)  
<http://www.ju-sicherheitsforum.de>

Nr. 1/2007

## **„Pragmatismus und Grand Strategy“ von Markus Kaim und „Australiens Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ von Benjamin Schreer**

Eine Doppel-Rezension von Stefan Axel Boës

Spätestens seit dem Engagement von NATO-Mitgliedern sowohl innerhalb als auch außerhalb des Bündnisrahmens in weltweiten Operationen nach dem 11. September 2001 steht die Frage nach künftigen Aufgaben, Mitgliedern und Struktur der Allianz verschärft im Raum. Während die NATO als Organisation die Sicherung der Schifffahrtswege vom Mittelmeer bis zum Horn von Afrika gegen Terrorattacken sowie die Stabilisierung Afghanistans übernommen hat, verließ sich die Führungsmacht USA für die Operationen im Irak auf ein „Bündnis der Willigen“ unter Einschluss von NATO-Staaten, aber auch Verbündeten aus anderen Erdteilen. Andererseits ist bereits seit einiger Zeit das amerikanische Streben erkennbar, die militärische Kooperation mit solchen Verbündeten wie Japan, Australien und mehreren ehemaligen Sowjetrepubliken in einer „globalisierten NATO“ als Erweiterung und/oder Neustrukturierung der gegenwärtigen Organisation zu formalisieren.

In einer glücklichen und möglicherweise nicht zufälligen Verbindung von Aspekten dieses Komplexes hat die Berliner Stiftung für Wissenschaft und Politik im November 2006 zwei neue sicherheitspolitische Studien in der üblichen kompakten wie konzisen Form herausgegeben. Markus *Kaim* befasst sich in „Pragmatismus und Grand Strategy“ mit dem aktuellen Stand der NATO-Debatte in den Vereinigten Staaten. Einem wichtigen amerikanischen Verbündeten,

der in diesen Überlegungen eine Rolle spielt, widmet sich Benjamin *Schreer* mit „Australiens Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ im Detail. Beide Studien leiten aus ihrer Analyse Empfehlungen für die deutsche Politik zum Umgang mit ihren Objekten ab.

Kaim konstatiert seit dem Beginn der zweiten Amtsperiode von Präsident George W. Bush im Januar 2005 eine „Wiederentdeckung“ der NATO in den USA. Dabei handele es sich um eine pragmatische Annäherung, da die seit 2001 in amerikanischen Regierungskreisen formulierten Vorbehalte gegenüber dem Bündnis – etwa bezüglich schwerfälliger politischer Entscheidungsmechanismen und mangelnder Einsatzfähigkeit der Verbündeten zusammen mit US-Streitkräften – nicht wirklich ausgeräumt worden seien. Angesichts der gemischten Erfahrungen mit dem bisherigen tendenziell unilateralen bzw. auf Ad-hoc-Koalitionen ausgerichteten Kurs bei der Umsetzung der weltpolitischen Grand Strategy werde der Nutzen einer Zusammenarbeit mit der NATO jedoch mittlerweile offenbar höher bewertet als die daraus resultierenden Beschränkungen. Ähnliches ist auch in der Einstellung zu UNO und EU festzustellen.

Das bedeutet allerdings nicht, dass der frühere Ansatz aufgegeben wird, wenn die Verbündeten zur Durchsetzung eines Ziels der amerikanischen Politik nicht fähig oder willens sind. Der

Grad der Kooperation bleibt demnach lageabhängig. So wird mittlerweile verstärkt der Wert der NATO in Stabilisierungs- und Wiederaufbaumaßnahmen sowie Ausbildungs- und Ausrüstungsmaßnahmen gesehen, deren Wichtigkeit als Ergänzung zu Kampfeinsätzen deutlicher ins Bewusstsein gerückt ist. Hier spielen auch die unter der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP) der EU zur Verfügung stehenden zivilen Fähigkeiten eine Rolle, die nach amerikanischer Auffassung der NATO ebenfalls zugänglich gemacht werden sollten. Als weitere mögliche Aufgaben für das Bündnis werden die globale Energiesicherheit – etwa der Schutz von Pipelines, Häfen und Schifffahrt, die dem Öl- und Gastransport dienen – sowie Konfliktinterventionen in Afrika betrachtet.

Neben diese Forderung nach einer funktionalen Neuorientierung der Allianz treten alle Parteien der amerikanischen Debatte auch für eine geografische Anpassung an die veränderten Rahmenbedingungen an. Überlegungen richten sich hier unter anderem auf die Ukraine und Georgien. Angesichts der fortbestehenden innenpolitischen Instabilität und der teilweise ablehnenden Haltung der jeweiligen Bevölkerung, aber auch von NATO-Verbündeten, ist allerdings die amerikanische Unterstützung für eine Aufnahme in die Allianz vorsichtiger geworden. Unklar bleibt zudem die Frage der Folgen für die Beziehungen und die Form der künftigen Zusammenarbeit mit Russland, zumal sich das russisch-amerikanische Verhältnis zuletzt aufgrund von Bestrebungen zur Abgrenzung der jeweiligen Interessensphären abgekühlt hat. Dagegen fordert eine Minderheit in den USA mit zunehmender Vehemenz die Einbindung Israels bis hin zur Vollmitgliedschaft in der NATO.

Vollends den bisherigen nordatlantischen Rahmen sprengt die Frage der Kooperation mit den asiatischen US-Verbündeten Japan und Südkorea sowie Australien und Neuseeland. Auch Indien, Pakistan und Singapur werden als mögliche Partner genannt. Zu einigen dieser Staaten unterhält die NATO bereits institutionalisierte

Beziehungen unterschiedlicher Intensität, etwa in Form des bilateralen Abkommens zum Austausch nachrichtendienstlicher Informationen mit Australien oder des „Strategischen Dialogs“ mit Japan. Bei anderen steht allerdings nicht nur die geografische Lage, sondern auch die politische Eignung zur Mitgliedschaft in einer über die Parteigrenzen in den USA hinweg thematisierten „Alliance of Democracies“ infrage. Unklar ist auch bis jetzt, welche konkrete institutionelle Form ein „Security Provider Forum“ haben soll, das die Nutzung der militärischen Kapazitäten und regionalen Expertise dieser Nationen für globale Einsätze der NATO auch ohne Vollmitgliedschaften auf eine reguläre Basis stellen würde.

So ist etwa Australien nicht nur als US-Verbündeter im Irak, sondern auch im Rahmen des NATO-geführten Einsatzes in Afghanistan aktiv. Wie Schreer aufzeigt, bewegt sich die australische Politik ohnehin in einem Spannungsfeld zwischen regionaler und globaler Sicherheit. Einerseits begreift sich das Land als Ordnungsmacht im südpazifischen Raum, und stellt dies etwa durch Interventionen bei den Unruhen in Ost-Timor und auf den Salomonen der vergangenen Jahre zunehmend auch mit militärischen Mitteln unter Beweis. Abgesichert wird diese Position durch die Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten Indonesien und Philippinen sowie das Five Powers Defence Arrangement (FDA) mit Neuseeland, Malaysia, Singapur und Großbritannien. Andererseits ist das Bündnis mit den USA ein Eckpfeiler der australischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, was sich beispielsweise in den Einsätzen in Irak und Afghanistan sowie der Zusammenarbeit im Bereich der Abwehr ballistischer Raketen zeigt.

Anders als der kleine Nachbar Neuseeland, der sich 1984 in der Frage der Präsenz nuklear bestückter US-Kriegsschiffe in seinen Gewässern mit Washington überwarf, setzt Australien damit die auf dem trilateralen ANZUS-Pakt nach dem Zweiten Weltkrieg begründete enge militärische Kooperation fort; die Beistandsverpflichtung nach Artikel 4 des Vertrages dient als

Grundlage der Einsätze nach dem 11. September. Mit den USA verbindet Australien auch eine Skepsis gegenüber der Effektivität von Mechanismen im Rahmen der UNO. Allerdings ordnet Canberra seine Interessen keinesfalls einfach denen Washingtons unter. So sorgte im Jahre 2004 eine Erklärung des australischen Außenministers für Verstimmung in den USA, dass Australien bei einem chinesisch-amerikanischen Konflikt um Taiwan keinesfalls automatisch militärisch involviert wäre.

Diese strategische Orientierung bestimmt auch die Ausrichtung der australischen Streitkräfte. Sie erfahren derzeit den umfassendsten Umbau seit den 1960er Jahren mit dem Ziel, innerhalb des kommenden Jahrzehnts die Fähigkeiten zur regionalen und globalen Krisenintervention signifikant zu erhöhen, die Interoperabilität mit den US-Streitkräften sicherzustellen und eine autonome militärische Handlungsfähigkeit im Südpazifik und Südostasien zu erreichen. Dies wird durch umfangreiche Beschaffung vor allem amerikanischer Waffensysteme, aber auch beispielsweise europäischer Hubschrauber umgesetzt. Die Projektionskapazitäten werden unter anderem durch den Erwerb von C-17-Transportflugzeugen und amphibischen Landungsschiffen mit der möglichen zukünftigen Fähigkeit, als Träger für die senkrecht startende Version des unter australischer Beteiligung entwickelten Kampfflugzeugs F-35 zu dienen, massiv verstärkt. Nebenbei bemerkt ist damit das vergleichsweise kleine Australien Deutschland um Klassen voraus.

Bei aller globalen Ausrichtung wird das Land laut Schreer allerdings auf eine starke politische Annäherung an die NATO so lange verzichten, wie das Bündnis im asiatisch-pazifischen Raum keine entschiedeneren sicherheitspolitischen Anstrengungen erkennen lässt. Sowohl Schreer als auch Kaim empfehlen Deutschland jedoch Aufgeschlossenheit und aktive Mitgestaltung bei Veränderungen in der NATO, die von der verstärkten Nutzung ziviler Fähigkeiten unter der GESVP bis zur Einrichtung eines „Security Provider Forums“ reichen. Kaim zufolge sollte sich

Berlin insbesondere für die Entwicklung eines Kriterienkatalogs bezüglich der politischen und militärischen Voraussetzungen für die Einbindung möglicher Kooperationspartner einsetzen. Australien, so Schreer, sollte dabei als ein künftiger demokratischer Schlüsselpartner in der Asien-Pazifik-Region begriffen werden.

\* \* \*

Die vorliegende Rezension bezieht sich auf:

Kaim, Markus (2006): Pragmatismus und Grand Strategy: Die NATO-Debatte in den Vereinigten Staaten, SWP-Studie S 31/November 2006, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, [http://www.swp-berlin.org/de/common/get\\_document.php?asset\\_id=3448](http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3448)

Schreer, Benjamin (2006): Australiens Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Zwischen regionaler und globaler Sicherheit, SWP-Studie S 32/November 2006, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, [http://www.swp-berlin.org/de/common/get\\_document.php?asset\\_id=3472](http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3472)

**Stefan Axel Boës**, Jahrgang 1972, studierte Politikwissenschaft sowie Mittlere und Neuere Geschichte in Göttingen und ist als freier Journalist und Publizist tätig; zahlreiche Veröffentlichungen mit sicherheitspolitischem Schwerpunkt.